

ONLINE-PUBLIKATION

Raul Zelik

Sozialismus?

**Was sich aus linker Perspektive
von Venezuela lernen lässt**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

RAUL ZELIK ist Fellow des DFG-Kollegs Postwachstumsgesellschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Eine längere Fassung des Textes erscheint 2019 in folgendem Buch: Dörre, Klaus/Schickert, Christine (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, Oekom Verlag.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 4/2019

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: März 2019

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

INHALT

1	Hyperinflation und Devisenmangel	4
2	Worin bestand der chavistische Politikwechsel?	5
3	Strukturelle Rahmenbedingungen	6
4	Grenzen des Chavismus	8
5	Die Krise unter Maduro	10
6	Schlussfolgerungen	11
	Literatur	13

RAUL ZELIK

SOZIALISMUS?

WAS SICH AUS LINKER PERSPEKTIVE VON VENEZUELA LERNEN LÄSST

Die «bolivarianische Revolution» war – spätestens seit Präsident Chávez 2005 den «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» zu propagieren begann – das prominenteste linke Projekt weltweit. Heute, nach 20 Jahren chavistischer Regierungen, befindet sich das südamerikanische Land in der vielleicht dramatischsten Krise seiner Geschichte. Wer an der postkapitalistischen Perspektive einer solidarischen, egalitären und demokratischen Gesellschaft festhalten will, muss beantworten können, warum auch dieses sozialistische Projekt in einer Sackgasse steckt, welche Entwicklungen vermieden hätten werden können und was das für linke Politik in der Zukunft bedeutet. In diesem Sinne arbeite ich in diesem Aufsatz zunächst die Mechanismen heraus, die den Aufbruch in Venezuela versanden ließen, und ziehe auf dieser Grundlage allgemeine Schlussfolgerungen für die von Klaus Dörre (2017) eingeforderte Neosozialismus-Debatte.

1 HYPERINFLATION UND DEISENMANGEL

Kein anderes Phänomen illustriert die venezolanische Krise so deutlich wie die Hyperinflation: Die venezolanische Zentralbank (Banco Central de Venezuela) veröffentlicht in Anbetracht der katastrophalen Lage die Inflationsrate schon seit 2016 nicht mehr, der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für dieses Jahr eine Preissteigerung von zehn Millionen Prozent (El Universal 2019).

Die Geldentwertung beherrscht den Alltag der Menschen: Sie lässt nicht nur die Kaufkraft in Stunden dahinschmelzen, sondern zwingt die Bevölkerung auch dazu, einen Großteil ihrer Energie auf die Beschaffung von Devisen und wertsichernden Gütern zu verwenden. Verantwortlich für den Währungskollaps ist der dramatische Rückgang der Exporteinnahmen, die im Zeitraum 2012 bis 2016 von 97,8 Milliarden auf 27,4 Milliarden US-Dollar abstürzten (CEPAL 2018: 6). Dieser Einbruch war nicht nur der Entwicklung des Ölpreises geschuldet, der im genannten Zeitraum von 110 US-Dollar auf knapp über 30 US-Dollar (jeweils pro Jahr und Barrel) zurückging, sondern hatte auch mit dem rasanten Fall der venezolanischen Ölförderung zu tun. Aufgrund mangelnder Investitionen in die Infrastruktur des staatlichen Erdölkonzerns *Petróleos de Venezuela S.A.* (PDVSA) ist die Förderung von etwa 3,5 Millionen Barrel täglich um die Jahrtausendwende auf zuletzt unter 1,2 Millionen Barrel gesunken (OPEC 2019: 56).¹

Von den chavistischen Sozialprogrammen (*Misiones*), einst Stolz des Chavismus, ist wenig geblieben. In staatlichen Gesundheitsposten und Krankenhäusern fehlt es an allem. Auch das Bildungssystem, das schon früher erhebliche Qualitätsmängel aufwies, hat durch die Krise massiv gelitten. Da Lehrer*innen von ihrem Gehalt nicht leben können, widmen viele einen Teil ihrer Arbeitszeit der Schattenökonomie. Aus klassenanalytischer Perspektive darf nicht unerwähnt bleiben, dass Teile der Gesellschaft gleichzeitig von der Situation stark profitieren. Wer direkten Zugang zu Devisen, Importprodukten oder subventioniertem Benzin hat, kann exorbitante Profite erzielen. Von der Regierung wird der ökonomische Kollaps mit einem «Wirtschaftskrieg» der USA erklärt, doch der Zusammenhang ist vermutlich profaner: Da der Staat Benzin praktisch verschenkt,² 25 Grundnahrungsmittel nur zu festgesetzten Preisen verkauft werden dürfen und Importunternehmen Devisen vom Staat zu Vorzugskursen beziehen können, sind enorme materielle Anreize für Schmuggel und Korruption geschaffen worden. Diese Anreize sorgen dafür, dass immer wieder von Neuem informelle Netzwerke in den Institutionen entstehen, die Kontrolle über Devisen, Importe oder Grenzen ausüben (Staatsbürokratie, Handelskonzerne, Militärs). Aus sozialistischer Perspektive muss man betonen, dass der Versuch, Kapitalabflüsse und Inflation durch eine staatliche Regulation des Devisenhandels und der Preise zu bremsen, durchaus sinnvoll war. Die politische

1 Nach offiziellen Angaben Venezuelas ging die durchschnittliche Tagesförderung von 2,035 Millionen Barrel im Jahr 2017 auf 1,516 Millionen Barrel 2018 zurück. Aufgrund von Marktanalysen schätzt die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) die tatsächliche Tagesproduktion des Landes allerdings deutlich geringer ein. Im letzten Quartal 2018 soll das Land nur noch 1,178 Millionen Barrel täglich gefördert haben (OPEC 2019: 56).

2 Einem Bericht des regierungsfinanzierten venezolanischen Senders *Telesur* (Online-Edition vom 14.8.2018) zufolge kostete der Liter Benzin Mitte 2018 einen Bolívar, das entsprach 0,000002 US-Dollar. Zur Bekämpfung der «Schmuggelmafia» kündigte Präsident Maduro daraufhin eine Anpassung des Benzinpreises an das internationale Niveau an. Da dieser Preis für die meisten Venezolaner*innen unbezahlbar ist, ruderte Maduro allerdings wieder zurück. Im Moment werden Benzinrationen zu subventionierten Preisen an Inhaber*innen eines «Vaterlandsausweises» (*carnet de la patria*) verteilt. Damit dürfte der Schmuggel allerdings kaum besiegt, sondern nur verlagert worden sein: Wer die Benzinzuteilung, die Tankstellen und die Vergabe von «Vaterlandsausweisen» kontrolliert, kann weiter profitieren.

Regulation von Märkten ist jedoch immer mit dem Problem konfrontiert, dass Marktakteure Regeln zu umgehen oder für sich zu nutzen versuchen werden. Das Regelsystem muss deshalb einerseits politisch legitimiert, transparent und verlässlich sein, andererseits kontinuierlich evaluiert und angepasst werden. In Venezuela war das spätestens ab 2013 nicht mehr der Fall. Die offiziellen Kurse/Preise verloren jeden Bezug zur Realität, was die Profitraten der Schattenmärkte ins Unermessliche steigen ließ, das Fehlen einer transparenten Kontrolle der Devisenvergabe öffnete der Korruption durch Teile der Bürokratie Tür und Tor und schließlich war der Staat aufgrund sich verknappender Exporteinnahmen nicht mehr in der Lage, auf das spekulative Horten von Grundprodukten/Devisen mit einer Erweiterung des Angebots zu reagieren.

Um zumindest die Spekulation mit Lebensmitteln zu erschweren, hat die Regierung unter Nicolás Maduro seit 2017 ein System zur lokalen Produktion und Zuteilung von Lebensmitteln aufgebaut – die sogenannten *Consejos Locales de Abastecimiento y Producción* (CLAP, dt. Lokale Versorgungs- und Produktionsräte) (vgl. Kozarek 2017). Diese Komitees sollen die Agrarproduktion vor Ort stimulieren und die Macht der Handelsketten beschränken. In der Praxis jedoch verschärfen die CLAP das alte venezolanische Problem des Klientelismus, da die Regierungsbürokratie die Lebensmittelpakete einsetzt, um sich politische Loyalität in der Unterschicht zu erkaufen.

Die von den USA, der EU und mehreren lateinamerikanischen Ländern verhängten Sanktionen, die bis Januar 2019 nur Einzelpersonen und deren Firmen betrafen, können die dramatische Entwicklung nicht zufriedenstellend erklären. Eine linke Debatte muss die inneren Mechanismen erklären und zur Kenntnis nehmen, dass der venezolanische «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» neue Klassenwidersprüche und Privilegien hervorgebracht hat.

2 WORIN BESTAND DER CHAVISTISCHE POLITIKWECHSEL?

Wie ich noch ausführen werde, sind die Kontinuitäten zwischen «bolivarianischer Revolution» und der sogenannten Vierten Republik (1953–1999) größer, als es die radikale Rhetorik der chavistischen Regierung und der erbitterte Widerstand der Opposition vermuten lassen. Dennoch wäre es falsch, die Bedeutung des chavistischen Bruchs mit dem Neoliberalismus zu unterschätzen. Vier Hauptaspekte markieren diesen Politikwechsel:

- Als eine seiner ersten Maßnahmen leitete Chávez 1999 einen verfassungsgebenden Prozess ein. Nachdem die Eliten der Vierten Republik die Staatskassen geplündert und das politische System diskreditiert hatten, sollte eine Neugründung der Institutionen deren Glaubwürdigkeit wiederherstellen. Die Verfassung, die noch im ersten Amtsjahr erarbeitet wurde, stellte in zweierlei Hinsicht einen Bruch dar: Zum einen wurde Venezuela als «partizipatorische und protagonische Demokratie» definiert (was die Stärkung von Bürgerpartizipation und Selbstverwaltung implizierte), zum anderen war der verfassungsgebende Prozess selbst insofern bemerkenswert, als die Konstitution nicht durch Expert*innen, sondern in einer breiten Debatte unter Beteiligung bis dahin marginalisierter Bevölkerungsteile verabschiedet wurde.³
- Die zweite Kehrtwende betraf die Außenpolitik: Zwar hatten auch Regierungen der Vierten Republik – vor allem der sozialdemokratischen *Acción Democrática* (AD) – bisweilen eine gewisse Eigenständigkeit gegenüber den USA gewahrt, doch mit Chávez verortete sich Venezuela offen antiimperialistisch. Die Stärkung der Organisation erdölexportierender Länder OPEC, die 1999 zu einem politisch motivierten Anstieg des Ölpreises beitrug, der Ausbau der Beziehungen zu Kuba und das Eintreten für eine multipolare Weltordnung kennzeichneten den Kurswechsel. Problematisch war die neue Außenpolitik insofern, als sie zu einer engen Partnerschaft Venezuelas mit reaktionären Regimen (u. a. des Iran, Weißrusslands oder zuletzt der Türkei) führte. Für den Globalen Süden lieferte sie jedoch auch wichtige Impulse: Sie trug maßgeblich zum Entstehen des von den USA unabhängigen Staatenbundes *Unión de Naciones Suramericanas* (UNASUR) bei, der mehrere Putschversuche in Lateinamerika zu verhindern half. Auf globaler Ebene wurde an die Tradition der frühen Blockfreienbewegung angeknüpft und wurden die Beziehungen zu afrikanischen und asiatischen Staaten intensiviert (vgl. Linares 2010; kritisch: Romero 2010), und in der kubanisch-venezolanischen Kooperation blitzten Möglichkeiten solidarischer Süd-Süd-Beziehungen auf: Während Venezuela Erdöl lieferte, entsandte Kuba insgesamt 140.000 Ärzt*innen und Techniker*innen, die vor allem in Armenvierteln zum Einsatz kamen.⁴
- Den wichtigsten Kurswechsel vollzog die Linksregierung 2002, als sie den staatlichen Erdölkonzern PDVSA wieder der politischen Kontrolle des Staates unterwarf. Die rechten Umsturzversuche waren direkte Reak-

3 Viele venezolanische Politikwissenschaftler*innen haben den Chavismus schon um die Jahrtausendwende als autoritär kritisiert, weil die neue Verfassung es dem Staatschef ermöglichte, mit Sondervollmachten zu regieren. Meiner Ansicht nach fällt jedoch stärker ins Gewicht, dass historisch marginalisierte Schichten durch den Verfassungsprozess als politische Akteure anerkannt wurden.

4 Auch gegenüber anderen Karibikstaaten betrieb das chavistische Venezuela eine Bündnispolitik mithilfe von Öl. Allerdings muss man anmerken, dass auch die AD-Regierungen der 1970er Jahre Öl zu solidarischen Preisen an Nachbarländer geliefert hatten.

tionen der traditionellen Eliten und des PDVSA-Managements auf die drohende Umverteilung des Ölreichtums und kosteten Chávez im April 2002 fast das Leben. Dadurch dass die Armenviertel massenhaft für den Staatschef auf die Straßen gingen und damit die Stimmung in der Armee zum Kippen brachten, verschoben sich die Kräfteverhältnisse im Land nachhaltig zugunsten des chavistischen Projekts.

Die aufgrund der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt wachsenden Exporteinnahmen ermöglichten in der Folge die Finanzierung zahlreicher Sozialprogramme, der sogenannten Misiones, die dem Chavismus ein eindeutig linkes Profil verliehen. Auf ihrem Höhepunkt 2011 bezogen die Sozialprogramme 39,6 Milliarden US-Dollar von PDVSA (2012: 158), und selbst noch in den Krisenjahren 2013 bis 2017 wurden mehr als eine Million Sozialbauwohnungen errichtet und an die Bevölkerung übergeben. Dass einige der Bauprojekte für Arme in teuren Immobilienlagen der Innenstädte realisiert wurden, erregte bei vielen bürgerlichen Venezolaner*innen großen Unmut. Hieran lässt sich erkennen, dass selbst in der Spätphase des Chavismus, in der der Aufstieg neuer, «bolivarianischer» Eliten nicht mehr zu übersehen war, die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition auch von alten Klassengegensätzen überlagert blieben.⁵

- Ab 2005 schließlich propagierte Chávez in Anbetracht des gesellschaftlichen Aufbruchs eine sozialistische Transformation und die Errichtung eines Rätestaates (Estado comunal) (zur Genese des linken Projekts vgl. Azzellini 2010). Der von Chávez verwendete Begriff des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» wurde allerdings nie ausdefiniert und von den Sozialismen des 20. Jahrhunderts abgegrenzt (vgl. Biardeau 2007; Lander 2007).⁶ Ganz allgemein lässt sich sagen, dass das Projekt auf eine Stärkung des Staates, auf gemischte Wirtschaft, lokale und betriebliche Selbstverwaltung sowie die Ausbreitung von Genossenschaften und territorialen Räten abzielte. Doch anders als bei den drei erstgenannten Reformen kam der Chavismus in dieser Frage – abgesehen von der Stärkung des Staates – über Deklarationen, Gesetzestexte und diffuse Kampagnen nicht hinaus. Genossenschaften wurden gegründet, aber zerfielen sofort wieder, Nachbarschaftskomitees (*consejos comunales*) mutierten innerhalb kürzester Zeit zu Klientelstrukturen im Dienst der Regierungsbürokratie, die Nationalisierung von Betrieben führte fast überall zu einem Rückgang der Produktion,⁷ und die Arbeiterselbstverwaltung scheiterte sowohl am Widerstand von Funktionär*innen als auch am mangelnden Interesse der Belegschaften.

3 STRUKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

Zu beantworten wäre nun, warum vor allem das letzte Vorhaben, nämlich der Aufbau neuer sozioökonomischer Beziehungen, zwar viele Menschen begeisterte, aber keine nachhaltige Wirkung entfaltete. Bevor ich hierauf Antworten zu formulieren versuche, möchte ich zwei methodische Anmerkungen vorwegschicken:

1) In den bürgerlichen, aber auch den linken Venezuela-Debatten gibt es eine starke Tendenz zu Personalisierung und Politizismus, sprich: Die Bedeutung von Regierungspersonal und -politik für die gesellschaftliche Realität wird überbewertet. Sozioökonomische Strukturen, materielle Interessen, gesellschaftliche Handlungslogiken und Kräfteverhältnisse zwischen Klassen bleiben hingegen systematisch unterbelichtet.

Dementsprechend wird der «bolivarianische Prozess» auf den Wahlsieg von Chávez zurückgeführt, anstatt umgekehrt den Aufstieg des Chavismus mit der Krise der venezolanischen Rentengesellschaft zu erklären. Knapp skizziert ist der Zusammenhang folgendermaßen: Der hohe Ölpreis löste in den 1970er Jahren einen Boom aus, befeuerte Konsum, förderte die Verbreitung klientelistischer Beziehungen zwischen Parteien und Bevölkerung und ermunterte den Staat zur Aufnahme von Auslandsschulden. Gleichzeitig wurden die nationalen Produktionsstrukturen geschwächt, weil die Dollarschwemme das einheimische Lohnniveau hob, Importe verbilligte und die gesellschaftliche Energie sich auf den Verteilungskampf um die Ölrente fokussieren ließ (zur Logik der Rentengesellschaft vgl. Peters 2019: 50 ff.; Burchardt 2014).

Dieses Modell, das enorme soziale Widersprüche produzierte, kollabierte aufgrund fallender Ölpreise und steigender internationaler Zinsen in den 1980er Jahren. Als die «sozialdemokratische» Regierung mit einem neoliberalen Schockprogramm reagierte und die Kosten auf die unteren Klassen abwälzte, kam es 1989 zu einer Massenrevolte, auf die ein Jahrzehnt des aufständischen Steppenbrands folgte. Boom und Krise waren also

5 Allerdings verkörpert dieses staatliche Bauprogramm auch alle Probleme der chavistischen Politik. Die Bauprogramme lieferten keine ökonomischen Impulse, da die Gebäude fast ausschließlich von chinesischen, iranischen und türkischen Konzernen errichtet wurden. Bewohner*innen klagten über die schlechte Qualität der Bauten und es gab zahlreiche Hinweise auf Korruption (vgl. die kritische Bilanz bei Provea 2012).

6 Anders als häufig behauptet, spielten die Thesen des in Mexiko lehrenden Soziologen Heinz Dieterich für Chávez keine Rolle. Das eher diffuse und nie entwickelte theoretische Bezugssystem des «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» skizziert Biardeau (2007).

7 Der Bericht der oppositionellen Nichtregierungsorganisation Transparencia Venezuela (2017) zeichnet ein Bild des ökonomischen Verfalls der über 500 nationalisierten Betriebe. Die Darstellung scheint mir vor dem Hintergrund eigener Beobachtungen nicht völlig aus der Luft gegriffen. Bemerkenswert ist auch, dass es in der doch einigermaßen umfangreichen linken Venezuela-Debatte so gut wie keine kritische Aufarbeitung der von Chávez eingeführten Projekte gibt. Die Einführung der Arbeiterkontrolle oder die Gründung von Nachbarschaftsräten wurde ausführlich dargestellt; begleitende Untersuchungen über den ökonomischen und sozialen Erfolg gab es nicht.

auf ganz ähnliche Weise miteinander verknüpft, wie es auch unter Chávez/Maduro 30 Jahre später zu beobachten war.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Aspekt wichtig: Noch 2001 war keineswegs ausgemacht, in welche Richtung sich die Regierung Chávez entwickeln würde. Erst der rechte Putschversuch und die Mobilisierung der Armenviertel trieben die chavistische Politik 2002 nach links und ließen das Transformationsvorhaben in den Vordergrund rücken. Selbst die Bedeutung von Chávez, der die unteren Klassen zu adressieren verstand, muss relativiert werden.

In diesem Sinne muss eine Analyse der «bolivarianischen Revolution» davon ausgehen, dass das eigentliche Kraftzentrum der Veränderung die – diffuse – «plebejische» Revolte war, die eine soziale und demokratische Teilhabe einforderte.⁸

2) Zugleich muss sich gerade eine linke Venezuela-Analyse um eine materialistische Unterscheidung zwischen politischer Rhetorik und sozialer Wirklichkeit bemühen. Am Beispiel der «Renationalisierung» von PDVSA und der Sozialprogramme lässt sich illustrieren, was hiermit gemeint ist: Auf der einen Seite ist es wahr, dass die Chávez-Regierung erbittert kämpfen musste, um die Kontrolle über den Staatskonzern zu erlangen und mit der Ölrente Sozialprogramme finanzieren zu können. Ohne Chávez klassenorientierte Anti-Eliten-Rhetorik, die die Armen mobilisierte, wäre diese sozialpolitische Wende unmöglich gewesen.⁹ Andererseits muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass diese antineoliberale Wende in mancher Hinsicht weniger spektakulär war, als man vermuten könnte. Der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL (2014: 17) zufolge gelang es Venezuela mit seiner antineoliberalen Agenda zwar, die Armut zwischen 2005 und 2012 von 37,1 auf 25,4 Prozent deutlich zu reduzieren, doch die neoliberal regierten Länder Kolumbien und Peru sowie das sozialdemokratische Brasilien waren in der Armutsbekämpfung ähnlich erfolgreich: In Peru sank die Armutsquote im entsprechenden Zeitraum von 52,5 auf 25,8 Prozent, im kriegsgebeutelten Kolumbien von 45,2 auf 32,9 Prozent und in Brasilien von 36,4 auf 18,6 Prozent. Das legt die Schlussfolgerung nahe, dass die erfolgreiche Armutsbekämpfung in der Region gemeinsame ökonomische Ursachen hatte – nämlich den Anstieg der Rohstoffpreise, der es den meisten Staaten Lateinamerikas erlaubte, Sozialprogramme aus den über Rohstoffexporte erzielten Einnahmen zu finanzieren.

In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass die chavistische Regierung die traditionellen Eliten zwar zurückdrängte und in den Folgejahren mehr als 500 Betriebe nationalisierte (allerdings gegen die Zahlung von Entschädigungen), aber das vielleicht wirkungsvollste Instrument der Umverteilungspolitik, nämlich das System von Vermögens- und progressiven Einkommenssteuern, ignorierte. Trotz seiner radikalen Rhetorik besaß der Chavismus keine Strategie zur Umverteilung des Reichtums zwischen den Klassen.

Erwähnt werden muss weiterhin, dass ein nicht unerheblicher Teil der Unternehmerschaft (v. a. des Import- und Bausektors) von der großzügigen Ausgabenpolitik des Staates profitierte. Der Widerstand der Unternehmerverbände gegen die Linksregierung war zwar groß, weil Letztere die Autonomie des Staates gegenüber dem Kapital zu stärken suchte und die Unternehmen damit in ein Abhängigkeitsverhältnis drängte, aber nichtsdestotrotz machten selbst internationale Konzerne weiterhin hervorragende Geschäfte. Stefan Peters (2019: 143) hat das anhand des staatlichen Systems zur Devisenvergabe CADIVI aufgeschlüsselt. General Motors bekam in den Jahren 2004 bis 2012 insgesamt 5,9 Milliarden, Toyota 3 Milliarden, Ford 2,6 Milliarden und American Airlines 1,9 Milliarden US-Dollar zugeteilt, die deutschen Pharmakonzerne Merck und Bayer erhielten 1,4 Milliarden bzw. 923 Millionen US-Dollar. Mit der Vergabe von Devisen wollte die Regierung Chávez den Zugang zu bestimmten Gütern und Dienstleistungen erleichtern – vor allem zu Grundprodukten, Medikamenten, aber auch zu Auslandsreisen oder zu Mittelklasseautos. Letztlich kam das «sozialistische» Subventionssystem den Mittelschichten und Konzernen also nicht minder zugute als den unteren Klassen.

8 Irritierend dabei ist, dass die Revolte in Massenmobilisierungen sichtbar wurde, aber kaum kontinuierliche Organisationsstrukturen hervorbrachte. Das springt besonders im Vergleich mit Kolumbien ins Auge: Während dort gut organisierte Gewerkschaften, Frauen- und Menschenrechtsorganisationen existieren, deren Einfluss auf die Bevölkerung begrenzt ist, wurden in Venezuela «die Massen» von einer Revolution erfasst, ohne dass es funktionierende Organisationen gegeben hätte. Ich habe deshalb vorgeschlagen (Zelik 2006), den «bolivarianischen Prozess» in Venezuela mit poststrukturalistischen Begriffen zu diskutieren. Für die Muster sozialer Organisation in den venezolanischen Armenvierteln schienen mir deleuzianische Konzepte wie das Rhizom gut geeignet zu sein.

9 In dieser Hinsicht würde ich den Argumenten von Edgardo Lander (2004) oder Klaus Meschkats (2006) widersprechen, die Chávez vorgeworfen haben, Venezuela gespalten zu haben. Meiner Ansicht nach war es ein Verdienst des Chavismus, die sozialen Widersprüche auch politisch artikuliert zu haben. Richtig an dem Einwand bleibt, dass die scharfe Abgrenzung wenig mit der realen Politik zu tun hatte, die letztlich eher auf eine Verteilung des Erdöl-Surplus als auf eine Umverteilung zwischen den Klassen hinauslief. Der Verbalradikalismus des Chavismus verstellte immer wieder den Blick auf die realen Zusammenhänge.

4 GRENZEN DES CHAVISMUS

Das Grundproblem Venezuelas ist nicht der dramatische Rückgang der Öleinnahmen aufgrund der Weltmarktschwankungen und eigener Fehler, sondern ist älter und struktureller Natur: Das Land ist völlig abhängig vom Öl, produziert viel zu wenig selbst und muss trotz fruchtbarer Böden etwa 70 Prozent seiner Lebensmittel importieren. Das Wachstum der 2000er Jahre, das mehrere Jahre hintereinander bei über acht Prozent lag, verries nicht auf eine produktive Entwicklung, sondern speiste sich aus der Expansion des Konsums. Das eigentliche Scheitern des Chavismus besteht darin, diese Abhängigkeit von der Ölrente vertieft zu haben. Edgardo Lander zufolge (2014: 4) stieg der Ölanteil an den Gesamtexporten zwischen 2002 und 2011, also im goldenen Jahrzehnt des Chavismus, von 86,2 auf 95,5 Prozent.

In den entwicklungspolitischen und -kritischen Debatten (vgl. Lang/Mokrani 2011; Lander 2014; Brand 2016) wird dieses Problem unter dem Stichwort des «Neo-Extraktivismus» verhandelt. Die Linksregierungen Lateinamerikas hätten, so die These, ihre progressive Sozialpolitik damit erkaufte, dass sie ein letztlich postkoloniales Modell, nämlich das der abhängigen Weltmarktintegration durch Rohstoffexport, vertieften. Raúl Zibechi (2016) geht sogar noch einen Schritt weiter und wirft den Linksregierungen vor, sie hätten mit ihren Sozialprogrammen die Legitimation der Rohstoffplünderung gestärkt.

Nun könnte man trefflich darüber streiten, ob aus Perspektive einer Linksregierung Armutsbekämpfung oder der Schutz indigener Gemeinden, Bildungsprogramme oder eine ökologische Wende stärker gewichtet werden sollten. Doch der Neo-Extraktivismus ist nicht nur im «kategorialen Zieldreieck aus Effizienz, Demokratie und Naturverträglichkeit» (wie es Hans-Jürgen Urban im Zusammenhang der Neosozialismus-Debatte formuliert hat) zu erörtern, sondern stellt selbst ein grundlegendes Hindernis für den sozialen Fortschritt dar.

Das hat mit einem Phänomen zu tun, das mit dem Extraktivismus eng zusammenhängt, aber über diesen hinausgeht – dem Problem der Rentengesellschaft. Renten sind Einkommen, die wenig eigene Leistungen erfordern. Im Fall Venezuelas bedeutet das: Der Rohstoffreichtum sorgt seit 100 Jahren für eine Struktur, in der die erfolgreiche Partizipation am Verteilungskampf stets lukrativer ist als produktive Tätigkeit. Das hat gravierende Folgen für den Staat. Hans-Jürgen Burchardt (2014: 12) betont, dass kurzfristige Dividenden und Partikularinteressen in den Vordergrund der Politik rücken. Vor allem jedoch verwandelt die Rente den Staat in ein Kampffeld, auf dem Fraktionen und Netzwerke um ihren Anteil am Kuchen ringen. Das Ergebnis ist ein von informellen und klientelistischen Praktiken durchzogener Staat, in dem Regeln und diskursiv etablierte Normen gegenüber materiellen Partikularinteressen keine Chance haben. Zudem setzt jede Machtgruppe die öffentlichen Mittel ein, um sich die Unterstützung einer gesellschaftlichen Basis und damit wiederum Legitimation im Kampf um die Rente zu erkaufen.

Nun trat Chávez 1999 zwar an, den Rentierstaat durch eine Neukonstituierung des demokratischen Souveräns (*proceso constituyente*)¹⁰ zu überwinden, propagierte in den 2000er Jahren die Überwachung des Staates durch die Gesellschaft (vgl. das Gesetz zur *contraloría social*: Asamblea Nacional 2010) und versuchte am Ende seines Lebens verzweifelt die Gründung eines «Kommunestaats» voranzutreiben. Doch die ökonomische Struktur der Ölrente und die von ihr geprägte Kultur siegten über jede politische Initiative. Weder der Austausch des Verwaltungspersonals noch die Gründung neuer Institutionen konnte verhindern, dass sich die altbekannten Praktiken reproduzierten.

Woran lag das? Anhand von zwei Bereichen – der Landreform und der Genossenschaftsförderung – möchte ich einige Probleme illustrieren.¹¹ Schon vor seiner Wahl zum Präsidenten 1999 hatte Chávez die Agrarfrage thematisiert, ab 2004 versuchte die Regierung mit einer groß angelegten Landreform die Produktion von Lebensmitteln anzukurbeln. In diesem Zusammenhang wurden staatliche Ländereien, aber auch brachliegender Großgrundbesitz an Bäuer*innen übergeben, Kredite, Maschinen und Infrastruktur bereitgestellt. Wenn man in den Folgejahren auf dem Land unterwegs war, ergab sich jedoch fast überall ein ernüchterndes Bild. Fast alle der mit großem Enthusiasmus gegründeten Agrarkooperativen waren nach einem Jahr wieder zerfallen und steckten in einer existenziellen Krise. Verantwortlich dafür waren mehrere Faktoren: Zum einen wurden die Agrargenossenschaften vom Großgrundbesitz teilweise heftig bekämpft – bereits 2009 zählten Bauernorganisationen über 200 Tote. Bemerkenswert dabei ist, dass die chavistischen Bäuer*innen nicht nur von der rechten Opposition, sondern auch von Mitgliedern der chavistischen Regionalregierung und Justiz bekämpft wurden (vgl. González 2016: 143), was darauf verweist, dass selbst die chavistischen Institutionen immer Orte der Doppelmacht blieben.

Doch die alltäglichen Hindernisse waren nicht minder bedeutend. So wurden die staatlichen Programme nach Aussagen von Bäuer*innen oft schlecht umgesetzt, die Subventionen mit der Gießkanne anstatt auf der Grund-

¹⁰ In diesem Zusammenhang muss man daran erinnern, dass der Begriff konstituierender Prozess mehr meint als die Erarbeitung einer Verfassung. Dahinter steckt die Frage, wie sich ein Souverän konstituiert, der die bestehende Souveränität aufhebt (vgl. Arendt 1986; Negri 2015). Laut Ex-Minister Roland Denis soll Hugo Chávez das Buch Negris gekannt haben.

¹¹ Ich stütze mich hier auf eigene Beobachtungen bei Venezuela-Aufenthalten zwischen 2002 und 2014.

lage klarer Kriterien verteilt, und vielerorts fehlte in den neu gegründeten Agrargenossenschaften auch ganz einfach landwirtschaftliches Knowhow, weil der Verstädterungsprozess der 1960er Jahre der Kleinbauernschaft in Venezuela schon früh ein Ende bereitet hatte.

Aber auch die Mentalität der Rentengesellschaft spielte eine Rolle: Ein hochrangiger Mitarbeiter der Agrarreformbehörde Instituto Nacional de Tierras (INTI) schilderte in Interviews zwei emblematische Fälle: Im ersten hatten einige Personen eine Genossenschaft gegründet und einen Traktor von der Regierung erhalten, in der Folge dann aber nicht produziert, sondern den Traktor für 200 Kisten Bier an einen Großgrundbesitzer verkauft. Der Kampagnencharakter des Chavismus trug zu solchen Praktiken bei, weil nicht gewachsene Strukturen, sondern schnelle Mobilisierung gefördert wurden. Der zweite Fall war noch dramatischer: Der Mitarbeiter der Behörde war damit beauftragt worden, in der Region Caracas eine große Tomatenfarm aufzubauen, die den Konsum in der Hauptstadt abdecken sollte. Obwohl das Projekt höchste Priorität in der Regierung besaß, gelang es dem Mitarbeiter der Behörde ein Jahr lang nicht, die im Ausland eingekauften Gewächshäuser aus dem Zoll zu eisen. Anders als ein Privatunternehmer konnte er die Zollbeamten nicht einfach bestechen.

Große Anstrengungen unternahm die Regierung Chávez auch bei der Förderung der Solidarökonomie. So propagierte sie in einer groß angelegten Kampagne 2005 die Gründung von Kooperativen und die Übernahme von Betrieben in Arbeiterselbstverwaltung (vgl. Azzellini 2010: 216 ff.). Doch auch hier waren die Ergebnisse überaus ernüchternd und wurden – was noch schlimmer ist – nie kritisch ausgewertet. Nach staatlichen Angaben gründeten sich im Rahmen der Genossenschaftskampagne von 2005 etwa 180.000 Betriebe neu (Fox 2007), von denen allerdings drei Jahre später nur noch wenige existierten.

Man könnte nun behaupten, dass es die Produktionsgenossenschaften im Marktumfeld ökonomisch schwer hatten, doch interessanterweise existiert in Venezuela eine der erfolgreichsten Genossenschaften überhaupt, nämlich das Produktions- und Konsumnetzwerk Cecosesola (2009) mit 20.000 Nutzer*innen und 1.200 Beschäftigten, das in der westvenezolanischen Großstadt Barquisimeto maßgeblich zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln beiträgt, über eigene Gesundheitseinrichtungen verfügt und sich trotzdem bis heute eine radikaldemokratische Struktur bewahrt hat. Es ist also nicht die «Mentalität der Menschen», die solidarische und demokratische Praxis verhindert. Ein Grund für das Scheitern der chavistischen Genossenschaftspolitik dürfte darin bestehen, dass existierende solidarökonomische Erfahrungen bei der Entwicklung der Regierungskampagne kaum eine Rolle spielten. Man versuchte nicht, funktionierende und eigenständige Experimente zu stärken oder zu untersuchen, unter welchen Bedingungen tragfähige Genossenschaftsprojekte entstehen, sondern stampfte innerhalb kürzester Zeit neue Strukturen aus dem Boden, die gegenüber der Regierung loyal waren.¹²

Wie lässt sich dieses Scheitern bei strukturellen Transformationen zusammenfassend erklären?

- Zunächst muss man wohl zur Kenntnis nehmen, worin das Anliegen der venezolanischen Massenrevolte seit den 1980er Jahren bestand. Die Armen forderten eine soziale und politische Teilhabe am bestehenden Modell, nicht aber die radikale Veränderung des Modells. Die immer wieder von links formulierte Forderung, die Revolution hätte «radikalisiert» bzw. «vertieft werden müssen», greift deshalb zu kurz. Der Fortbestand der Rentengesellschaft entsprach den diffusen kollektiven Wünschen der Gesellschaft. Um diese Vorstellungen zu verändern, hätte die Linke die Dynamik des Rentierstaats systematischer analysieren und eine konkrete Exit-Strategie entwickeln müssen. Der Chavismus hingegen reduzierte das Problem gerade durch seine populistische Zuspitzung auf die Existenz korrupter Eliten, die es abzulösen gelte.
- Auch beim «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» handelte es sich um ein staats-, kommando- und regierungszentriertes Projekt. In der Genossenschaftspolitik lassen sich die Grenzen dieses Ansatzes gut aufzeigen. Staatliche Politik kann Millionen Menschen mobilisieren, aber eine demokratische Umgestaltung des Lebens kann nur aus eigeninitiativer Praxis von vielen entstehen. Eine erfolgreichere Genossenschaftspolitik hätte systematisch von bereits bestehenden Solidarerfahrungen ausgehen und diese mit einer langfristigen Perspektive stärken müssen.
- Der Chavismus reproduzierte eine Art «Tonnenideologie» – nicht qualitative Entwicklung, sondern die Zahl neu gegründeter Projekte stand im Vordergrund. Auch das hatte viel mit dem populistischen Ansatz zu tun, der fehlende gesellschaftliche Organisierung durch Mobilisierung zu ersetzen hoffte. Um die Bevölkerung für die «bolivarianische Revolution» zu begeistern, musste Chávez in seinen wöchentlichen Fernsehsendungen Erfolge vorweisen.

In diesem Zusammenhang ist weiterhin auf den bemerkenswerten Umstand hinzuweisen, dass die chavistische Regierung (genauso wie die der sozialistischen Staaten im 20. Jahrhundert) trotz linker Aufklärungsbe-

12 Zu erwähnen wären außerdem die Versuche, gemeinsam mit dem Iran und China eine Automobil und Computerfertigung aufzubauen sowie die petrochemische Industrie weiterzuentwickeln. Auch diese Ansätze versandeten.

geisterung weniger «wissenschaftlich» vorging als jeder mittelmäßig-bürgerliche Staat, in dem eine kritische und regierungsunabhängige Erfassung, Begleitung und Evaluation der Politik doch zumindest im Prinzip befürwortet wird.

Wenn eine Regierung aufhört, beunruhigende Daten zu veröffentlichen, liegt auf der Hand, warum aus Misserfolgen nicht gelernt werden kann.

5 DIE KRISE UNTER MADURO

Auch wenn viele Probleme unter Chávez bereits angelegt waren, hat sich die Situation unter Maduro ab 2013 doch dramatisch verschärft. Unmittelbarer Auslöser war, wie bereits skizziert, der Verfall der Ölpreise. Offenbar sind die Fiskaleinnahmen, die nicht aus der Ölrente stammen, aufgrund der Krise noch stärker, nämlich um 77 Prozent, geschrumpft (CEPAL 2018: 2). Umgekehrt stiegen die Auslandsschulden zwischen 2009 und 2015 von 85 auf 139 Milliarden US-Dollar (ebd.: 6) und könnten nach Schätzungen unabhängiger Ökonomen heute etwa 175 Milliarden US-Dollar betragen. Die Tatsache, dass Großbritannien die Herausgabe der in London lagernden venezolanischen Goldreserven im Wert von 1,2 Milliarden US-Dollar einfach verweigert, hat die Situation zusätzlich verschärft (vgl. Bloomberg 2019).¹³

Der öffentliche Brief des langjährigen Wirtschaftsministers Jorge Giordani (2014) vermittelt einen Eindruck von den Auseinandersetzungen, die sich in der Regierung nach dem Tod von Präsident Chávez 2013 abgespielt haben müssen. Der Ex-Minister deutet an, dass er eine schnelle Anpassung der Wechselkurse, eine Vereinfachung des Devisensystems und eine sofortige Reduzierung der Staatsausgaben befürwortete, um Haushalt und Währung zu stabilisieren. Doch Maduro, der Wahlen gewinnen musste, zögerte unpopuläre Entscheidungen immer wieder hinaus und improvisierte stattdessen kurzfristige Lösungen. Auch in dieser Hinsicht muss man sich von der simplistischen Vorstellung lösen, bei Venezuela handele es sich um eine Diktatur, in der der Staatschef nach Gutdünken agieren kann. Schon Chávez, der auf die Loyalität der Militärs, eine üppige Ölrente und breite politische Mehrheiten zählen konnte, war vor dem Abbau unsinniger Subventionen oder einer systematischen Korruptionsbekämpfung zurückgeschreckt, weil er befürchtete, dass ein Teil seiner Verbündeten dann zur Opposition überlaufen könnte.¹⁴ Für Maduro, der sich weder der Militärs noch des PDVSA-Apparats sicher sein konnte, stellte sich die Situation noch deutlich bedrohlicher dar. Maduro musste nicht nur um seine Popularität in der Bevölkerung fürchten, sondern auch die Interessen von Machtnetzwerken berücksichtigen, die von der zentralen Devisenvergabe, der Ausplünderung des Konzerns PDVSA oder der Zuteilung von Benzin profitierten.¹⁵

Der politische Legitimationsverlust erschwerte es Maduro zusätzlich, notwendige Wirtschaftsmaßnahmen zu ergreifen; gleichzeitig beförderte die Regierung diesen Legitimationsverlust, indem sie die Regierungsmacht mit undemokratischen Mitteln zu verteidigen suchte. Dadurch dass die Regierung ihre Niederlage bei den Parlamentswahlen 2015 durch die Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung wirkungslos machte, ein oppositionelles Referendum zur Abwahl Maduros mit juristischen Tricks verhindern ließ, die Wahlen für die Nachbarschaftsräte absagte und 2017 verkündete, nur Mitglieder der Regierungspartei Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) dürften an den Wahlen der Räte teilnehmen,¹⁶ hat sie jene demokratische Legitimation zerstört, die den Chavismus bis dahin immer ausgezeichnet hatte.¹⁷ Maduro gewann 2018 bei einer Wahlbeteiligung von immerhin 46 Prozent zwar erneut die Präsidentschaftswahlen, aber aufgrund der Besetzung der Obersten Wahlbehörde CNE mit Regierungsanhänger*innen war die Glaubwürdigkeit des Ergebnisses beschädigt. Wie weit der Legitimationsverlust reicht, lässt sich auch daran ersehen, dass die Proteste im Januar

13 Der viel beachtete Versuch Venezuelas, den Bolívar durch die Einführung einer rohstoffbasierten Kryptowährung, den sogenannten Petro, zu stabilisieren, machte einen eher verzweifelten Eindruck, da das Grundproblem dadurch nicht behoben wurde. Herrera/Hunter (2018) haben darauf hingewiesen, dass der Petro keine echte Kryptowährung sei, sondern nur die Funktion habe, Staatsanleihen zu platzieren, indem man elektronisch generiertes Geld ausgibt. Tatsächlich stützt sich der Petro nicht auf die Begrenztheit im elektronischen «Schürfprozess», sondern auf den Wert noch nicht erschlossener Rohstoffvorkommen, auf die weiterhin der Staat alleinigen Zugriff hat. Das mangelnde Vertrauen in die venezolanischen Institutionen bleibt auch beim Petro das strukturelle Problem.

14 In diesem Zusammenhang sollte man sich an das Schicksal des Präsidenten Thomas Sankara aus Burkina Faso erinnern. Sankara, der als politischer Führer durchaus Ähnlichkeiten mit Chávez besaß, starb 1987 nach vier Jahren im Amt bei einem Putsch seines engen Vertrauten Blaise Campaoré. Dem Staatsstreich vorausgegangen waren – neben einer Wirtschaftskrise – Maßnahmen Sankaras gegen Korruption und Privilegien von Staatsbürokratie und Militärs. Es war diese Politik, die Teile seiner Regierung gegen ihn aufbrachte.

15 Aus linker Perspektive wäre eine klassenanalytisch fundierte Untersuchung der vom Chavismus gestärkten Wirtschaftsgruppen dringend geboten. In Venezuela ist schon lange die Rede von einer «Boli-Bourgeoisie», und es ist offenkundig, dass einige Militärs, aber auch Privatunternehmer (wie die Eigentümer des Fernsehsenders Globovisión Gustavo Perdomo und Raúl Gorrin) enorme Reichtümer angehäuft haben. Dass es im «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» keine Untersuchungen zu den neuen Klassenverhältnissen gibt, sagt viel über die Grenzen dieses Projekts aus.

16 Der chavistische Menschenrechtsaktivist Antonio González Plessmann schildert die Veränderungen im Verhältnis zwischen Regierung und Basisorganisationen sehr anschaulich in einem Interview mit Cira Pasqual Marquina (2019).

17 Chávez hatte nicht zuletzt dank seiner (von mir kritisierten) populistischen Mobilisierungsstrategie mit Ausnahme des Referendums über die Einführung einer sozialistischen Verfassung im Jahr 2006 alle Wahlen und Abstimmungen gewonnen; und das trotz erbitterter Kampagnen der Opposition und einer bis Ende der 2000er Jahre oppositionell beherrschten Medienlandschaft.

2019 erstmals auch Armenviertel von Caracas erfassten und die Polizei dort mit Gewalt gegen die historische Basis des Chavismus vorging (Surgentes 2019; Borges/Supuesto 2019).

6 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Entwicklung in Venezuela für die Neosozialismus-Debatte ziehen? Ich würde folgende Thesen vertreten:

1) Trotz der aktuell desolaten Lage muss man hervorheben, dass in Venezuela in den vergangenen 20 Jahren viele richtige Fragestellungen verfolgt wurden: der konstituierende Prozess von 1999, die Erweiterung des Demokratiekonzepts durch Partizipation, Referenden und *comunas*, die Verbindung der Demokratiefrage mit einer Klassenperspektive, die Förderung von Genossenschaften und Arbeiterkontrolle, die Unterstützung selbstorganisierter Bau- und Produktionsprojekte durch den Staat ...

2) Die Transformation ökonomischer und sozialer Strukturen ist anspruchsvoller als eine sozial engagierte Verteilungspolitik von oben und bedarf deshalb einer langfristig angelegten «experimentellen» Strategie. Diese kann sich nur in einem Klima entwickeln, in dem kritische Analysen nicht als Angriffe auf das Projekt verstanden werden. Auch in Konfliktsituationen muss sich ein sozialistisches Projekt einen pluralistischen, kritisch-wissenschaftlichen Charakter bewahren, wenn es sich weiterentwickeln können soll. Die Unterordnung der gesellschaftlichen Organisationen unter die Staatsführung hat diese Fähigkeiten auch in Venezuela verkümmern lassen, obwohl es in dem Land keine Gleichschaltung der öffentlichen Meinung wie in den ehemaligen Warschauer Vertragsstaaten gab.

3) Der Hinweis von Eric Olin Wright (2017), der Begriff Sozialismus komme von «Gesellschaft» und nicht von «Staat», muss Ausgangspunkt aller zukünftigen Sozialismusdebatten sein. In Venezuela hat sich erneut gezeigt, dass staatlich angeordnete Nationalisierung nicht zur Vergesellschaftung von Produktionsmitteln führt. Linke Regierungen können Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich kooperativ-demokratische Strukturen ausbreiten können. Die egalitär-kooperative Praxis muss jedoch von einer gesellschaftlichen Bewegung getragen werden, die gegenüber Regierung und Staatsmacht eigenständig ist. In diesem Sinne bedarf die Neosozialismus-Debatte eines Perspektivwechsels: weniger Cockpit, mehr gesellschaftliche Realität «von unten». Daraus folgert auch, den Organisations- und Bewusstseinsprozess in der Gesellschaft höher zu bewerten als Regierungsmacht. Die Vorstellung, die sozialistische Zukunft sei von der Kontrolle des Staatsapparates abhängig, weshalb die Regierungsmacht um jeden Preis verteidigt werden müsse, hat den Chavismus bis zur Unkenntlichkeit verändert und diskreditiert. Regierungskontrolle ist zwar nicht bedeutungslos, aber eben auch nicht das Zentrum transformatorischer Macht.

4) Da die Eroberung der politischen Macht offenbar weniger Probleme löst, als die Linke im 20. Jahrhundert vermutete, muss es darum gehen, prozedurale Perspektiven und Strategien («Emanzipation im Veränderungsprozess selbst und nicht nur als politisches Fernziel») zu stärken. Im Fall Venezuelas hätte das, wie erwähnt, bedeuten können, stärker von bereits existierenden Praktiken auszugehen und statt kurzfristiger Mobilisierung auf qualitative Entwicklungen zu setzen, in denen neue Kompetenzen erworben werden. In den improvisierten Sozialprogrammen 2002/03 oder auf Druck der Basis ist das auch immer wieder geschehen: Der Staat entsandte nur Ärzt*innen in Armenviertel, wenn die Nachbarschaft den Betrieb des Gesundheitspostens organisierte; Barrio-Bewohner*innen erhielten Mittel zum Bau von Sozialwohnungen, wenn sie einen Teil der Bauarbeiten selbst verrichteten. Auf diese Weise wurde das paternalistische Verhältnis zwischen Staat/politischem Führer und Bevölkerung unterbrochen.

5) Klaus Dörre (2017) schreibt in Anlehnung an Hannah Arendt, sozialistische Gesellschaften hätten über kein Korrektiv gegen eine «Akkumulation politischer Macht» verfügt. Tatsächlich besteht die große Stärke des bürgerlichen Staates darin, dass er (in Abgrenzung zum Absolutismus) historisch einen wichtigen ersten Schritt zur Kollektivierung von Macht gegangen ist. Das hat es ihm erlaubt, die Herrschaftsverhältnisse zwischen Klassen vermittelt über *checks and balances* netzwerkartig zu organisieren und damit einen Korrektur- und Transformationsmechanismus zu schaffen. Die Herausforderung für eine Linke besteht darin, die Herrschaftsverhältnisse der Gegenwart zu schleifen, aber selbst netzwerkartige Machtstrukturen zu schaffen, die nicht hinter die Errungenschaften des bürgerlichen Staates zurückfallen.

In den Venezuela-Debatten wurde früh, bereits 1999, kritisiert, Chávez setze die bestehende Gewaltenteilung außer Kraft. Das war aus emanzipatorischer Perspektive insofern ein naiver Einwand, als die existierenden Institutionen soziale und demokratische Veränderungen verhinderten. Hätte sich der Chavismus nicht über Recht und Justiz der Vierten Republik hinweggesetzt, hätte es keinen antineoliberalen Politikwechsel gegeben.

Die Aufgabe für ein neosozialistisches Projekt besteht nicht in der Verteidigung der Gewaltenteilung in ihrer heutigen Form, sondern in der Entwicklung einer demokratischeren Variante der *checks and balances*, die das

Prinzip der Gewaltenteilung bewahrt und den Netzwerkcharakter der Macht weiter vertieft. Der konstituierende Prozess von 1999 in Venezuela war ein völlig richtiger Ansatz: Die Ermächtigung des demokratischen Souveräns ermöglichte eine Neugründung der Institutionen. Die faktische Unterordnung der neuen Institutionen unter Chávez (die im Kampf gegen die rechte Opposition vorübergehend half) erwies sich mittelfristig als fatal, weil sie die propagierte Ermächtigung der Gesellschaft sofort wieder aufhob. Eine Räte­demokratie, die ihrer Regierung und nicht sich selbst verpflichtet ist, kann nur eine Farce sein. Das Prinzip pluralistischer *checks and balances*, die in liberalen Staaten, aber auch in traditionellen Gemeinschaften der Ermächtigung Einzelner und der Ausplünderung von Gemeingütern entgegenwirken, muss Ausgangspunkt linker Politik im 21. Jahrhundert sein. Der Liberalismus bleibt als Demokratisierungsprojekt aufgrund der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse unvollendet; der Kern eines neosozialistischen Projekts kann nur darin bestehen, dieses Demokratisierungsprojekt weiterzuführen. Es geht um eine Kollektivierung der Macht und um die Ausweitung von Freiheit, Gleichheit und Schwesterlichkeit auf das Feld der Ökonomie.

LITERATUR

Arendt, Hannah (1986): Über die Revolution, München.

Asamblea Nacional de la República (2010): Ley Orgánica de Contraloría Social, unter: www.cne.gov.ve/onpc/web/documentos/Leyes/ley_organica_de_contraloria_social.pdf.

Azzellini, Dario (2010): Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela, Hamburg.

Biardeau, Javier (2007): ¿El proceso de transición hacia el nuevo socialismo del siglo XXI?, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Nr. 13, 2/2007, Caracas, S. 145–179.

Borges, Randolph/Supuesto Negado (2019): González Plessmann: arrechera de la gente es legítima, no debe criminalizarse, in: Supuesto Negado, 30.1.2019, unter: <https://supuestonegado.com/gonzalez-plessmann-protestas-legitimas-focos-violencia/>.

Brand, Ulrich (2016): Neo-Extraktivismus. Aufstieg und Krise eines Entwicklungsmodells, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 39/2016, S. 21–26, unter: www.bpb.de/apuz/234223/neo-extraktivismus-aufstieg-und-krise-eines-entwicklungsmodells.

Burchardt, Hans-Jürgen (2014): Logros y contradicciones del extractivismo, in: Nueva Sociedad Análisis, unter: http://nuso.org/media/documents/Logros_y_contradicciones_del_extractivismo._Bases_para_una_fundamentaci%C3%B3n_emp%C3%ADrica_y_anal%C3%ADtica__Febrero_2014.pdf.

Cecosesola (2009): ¿Hacia un Cerebro Colectivo? De Reuniones ... a Espacios de Encuentro, Barquisimeto.

CEPAL (2014): Panorama Social de América Latina 2014, Santiago de Chile, unter: https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/37626/6/S1420729_es.pdf.

CEPAL (2018): Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2018. República Bolivariana de Venezuela, unter: https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/43964/105/EEE2018_Venezuela_es.pdf.

Dörre, Klaus (2017): Neo-Sozialismus. Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: theoriekritik, unter: www.theoriekritik.ch/?p=3485.

Fox, Michael (2007): Venezuela's co-op boom, in: Venezuelanalysis, 22.5.2007, unter: www.venezuelanalysis.com/analysis/2393.

Giordani, Jorge (2014): Carta abierta, unter: www.aporrea.org/ideologia/a190011.html.

González, Wilson Rene (2016): La Reforma Agraria en Venezuela durante el Gobierno de Hugo Rafael Chávez Frías: Ideas y Realidades, Bogotá.

El Universal (2019): FMI prevé una inflación de 10.000.000 % para Venezuela en 2019, in: El Universal, 9.10.2018, unter: www.eluniversal.com/economia/22724/fmi-preve-una-inflacion-de-10000000-para-venezuela-en-2019.

Herrera Anchustegui, Ignacio/Hunter, Tina (2018): Oil as currency. Venezuela's petro, a new «oil pattern»? , in: SSRN Electronic Journal, unter: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3291272.

Kozarek, Katrina (2017): CLAP: Venezuela's latest food distribution and production initiative, in: Venezuelanalysis, 22.3.2017, unter: www.venezuelanalysis.com/video/12993.

Lander, Edgardo (2004): Venezuela: la búsqueda de un proyecto contrahegemónico, in: Ceceña, Ana Esther (Hrsg.): Hegemonías y Emancipaciones en el Siglo XXI, Buenos Aires.

- Lander, Edgardo (2007):** El partido único y el debate sobre el socialismo del siglo XXI, in: Tareas 126, Panama, unter: www.core.ac.uk/download/pdf/35256843.pdf.
- Lander, Edgardo (2014):** El Neoextractivismo como modelo de desarrollo en América Latina y sus contradicciones, Vortrag bei: (Neo)Extractivismo y el Futuro de la Democracia en América Latina, Diagnóstico y Retos, Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 13./14.5.2014, unter: <https://mx.boell.org/sites/default/files/edgardolander.pdf>.
- Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hrsg.) (2011):** Más Allá del Desarrollo, Quito.
- Laya, Patricia/Bronner, Ethan/Ross, Tim (2019):** Maduro stymied in bid to pull \$ 1,2 billion of gold from U.K., in: Bloomberg, 25.1.2019, unter: www.bloomberg.com/news/articles/2019-01-25/u-k-said-to-deny-maduro-s-bid-to-pull-1-2-billion-of-gold.
- Linares, Rosalba (2010):** La estrategia multipolar de la política exterior de Venezuela, in: Aldea Mundo Revista sobre Fronteras e Integración 15, Nr. 30/2010 (2), Táchira/Venezuela, S. 51–62.
- Marquina, Cira Pascual (2019):** What's been learned won't be easily forgotten: a conversation with Antonio Gonzalez Plessmann, in: Venezuelanalysis.com, 17.1.2019, unter: www.venezuelanalysis.com/analysis/14235.
- Meschkat, Klaus (2006):** Wie halten es europäische Linke mit Hugo Chávez, in: Le Monde Diplomatique 2/2016, Berlin, unter: www.monde-diplomatique.de/artikel/1477136.
- Negri, Antonio (2015):** El Poder Constituyente, Madrid.
- OPEC (2019):** Monthly Oil Market Report, 17.1.2019, Wien, unter: <https://momr.opec.org/pdf-download/index.php>.
- PDVSA (2012):** Informe de Gestión Anual 2011, unter: www.pdvs.com/interface.sp/database/fichero/free/7364/1568.PDF (eingesehen am 24.8.2012).
- Peters, Stefan (2019):** Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Venezuela. Aufstieg und Fall der bolivarianischen Revolution von Hugo Chávez, Stuttgart.
- Provea (2012):** 365 Días de la Gran Misión Vivienda Venezuela, unter: www.derechos.org/ve/pw/wp-content/uploads/Informe-GMVV-3651.pdf.
- Romero, Carlos A. (2010):** La política exterior de la Venezuela bolivariana, in: Plataforma Democrática 4/2010, unter: www.plataformademocratica.org/archivos/la%20politica%20exterior%20de%20la%20venezuela%20bolivariana.pdf.
- Surgentes (2019):** Ante la Invisibilización de las Muertes de Manifestantes de los Sectores Populares, 25.1.2019, unter: www.alainet.org/es/articulo/197779.
- Transparencia Venezuela (2017):** Empresas Propiedad del Estado en Venezuela. Un Modelo de Control del Estado, unter: <https://transparencia.org/ve/wp-content/uploads/2017/09/Empresas-propiedad-del-Edo.-2017-TV-sin-linea-de-corte.pdf>.
- Wright, Eric Olin (2017):** Die Gesellschaft steht über dem Staat. Interview, in: analyse & kritik 628, Hamburg, unter: www.akweb.de/ak_s/ak628/37.htm.
- Zelik, Raul (2006):** Venezuelas «bolivarianischer Prozess». Mit Gilles Deleuze in Caracas, in: Prokla 142, Berlin/Münster, S. 23–47.
- Zelik, Raul (2011):** Neue Entwicklungskonzepte oder alter Staatszentrismus. «Endogene Entwicklung» und der «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», in: Boeckh, Andreas/Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (Hrsg): Venezuela heute, Politik – Wirtschaft – Kultur, Frankfurt a. M.
- Zibechi, Raúl/Machado, Decio (2016):** Cambiar el Mundo desde Arriba. Los Límites del Progresismo, La Paz.